

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 30 (1940)
Heft: 4

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Vor Überraschungen

Eine holländische Meldung berichtet, Mussolini habe in Berlin angefragt, was man zu den russischen Angriffen im Norden und zu den Drohungen im Donauraum sage. Und er habe seine antisowjetistische Einstellung deutlich zu erkennen gegeben und betont, daß ein russischer Einmarsch in Rumänien oder Ungarn eine Revision der italienischen Politik zur Folge haben könnte. Eine amtliche Bestätigung solcher Nachrichten kann man natürlich nirgends erhalten. Aber nichts wäre natürlicher als eine solche Anfrage. Paßt sie doch ausgezeichnet ins Bild der Vorgänge um die neue antirussische Kampagne Roms und die Bemühungen, Deutschland zu einer antistalinistischen Schwankung zu veranlassen.

Inzwischen hat Berlin eine praktische Antwort erteilt. Aus den verschiedensten Quellen verdichtet sich das Bild einer neuen deutsch-russischen Abmachung über die galizischen Petrolgebiete, die entweder an Deutschland abgetreten oder von deutschen Truppen und Ingenieuren faktisch in Besitz genommen werden sollen. Die ersten, unbestätigten Darstellungen behaupten, Berlin werde seinen Preis für die galizische Neu-Erwerbung bezahlen, und zwar in Form militärischer Beratung oder gar Unterstützung gegen Finnland.

Wenn sich der Einmarsch deutscher Infanterie und Tankkolonnen in Przemyśl und Lemberg und weiter in Drohobitsch bewahrheitet, dann heißt dies, daß Deutschland Nachbar Rumäniens wird und daß die russische Nachbarschaft gegenüber Ungarn verschwindet. Die „Drohung auf den Karpathen“, die Italien als Drohung gegen seine eigenen Grenzen aufsaßte und als Hauptgrund für sein Verhalten angab, verschwände mit einem Mal. Der Beweis, daß Hitler den russischen Einfall auf den Balkan unter allen Umständen nicht wünsche und verhindern werde, wäre geleistet. Italiens Gründe, seine eigene Politik im nahen Osten zu betreiben und damit die „Achse“ in Gefahr zu bringen, fielen dahin. Die Wege zur eindeutigen Wieder-Solidarisierung Roms mit Berlin stünden wieder offen. Und entweder könnte Rom nun im Westen mit größerem Nachdruck die deutschen Forderungen für den Fall eines Ausgleichsfriedens vertreten, oder sich gar drohend gegen Paris und London wenden. Der fatale Druck in seinem Rücken wäre ja gewichen! Man dürfte von einem Meisterstück der deutschen Außenpolitik reden, dieser Außenpolitik, die mit lauter „Meisterstücken“ die europäische Lage am Abgrund geschaffen.

Stehen wir vor Überraschungen? Bringt Berlin Rom dazu, seine lavierende Politik zu revidieren und doch noch teilzunehmen am „großen Abenteuer“, an dem Versuche, das britische Weltreich anzugreifen und zu vernichten, wie das Ribbentrop als Kriegsziel proklamiert hat? Wir sind der Ansicht, daß solche deutschen Hoffnungen zu weit gingen. Italien hat auch in bezug auf den Norden seine Ansichten. Die 5000 Italiener, die sich bei der Finnlandgesandtschaft in Rom als Freiwillige gemeldet haben, sprechen deutlich vom Ernst des „Kampfes gegen den Bolschewismus“, und es bedürfte zweifellos anderer deutscher Aktionen im Finnenkrieg, als die Abkommandierung von Generalstabsoffizieren oder gar Truppen an die russischen Fronten, um Mussolini und den Papst zu befriedigen. Ohne Distanzierung von Moskau in einem fast totalen Ausmaße kann und will der Duce (oder ist es Ciano?) sein Gewicht nicht in die Waagschale werfen.

Aber Italien will etwas. Was es gewollt hat und bisher nicht durchzuführen imstande war, ergibt sich aus einer päpstlichen Botschaft an Roosevelt, deren wichtige, fast

durchwegs übersehene Stelle lautet, „die unmittelbaren Friedensaussichten hätten sich vermindert ...“, „die Freunde des Friedens müßten die noch bestehenden schweren Hindernisse klar ins Auge fassen“, „der Friede müsse von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit diktiert werden“, und „nur Männer mit großer politischer Macht und klarer Einsicht könnten einen Frieden schaffen ...“

Man liest aus diesen Sätzen förmlich die römischen, von der fascistischen Regierung und dem Vatikan vertretenen Ansichten und selbstverständlich den Regierungen formulierten Vorschläge heraus. Und man liest auch heraus, daß sie verworfen wurden, wahrscheinlich in London und Paris noch heftiger als in Berlin. Die „Männer mit großer politischer Macht und klarer Einsicht“ heißen Roosevelt und Mussolini ... vielleicht ist Hitler eingeschlossen. Der Friede der Gerechtigkeit und Billigkeit bedeutet die Revision der kolonialen Besitzverhältnisse, die Italien für sich und Deutschland fordert. Nur gegen solche Zugeständnisse kann das Dritte Reich einen Teil seiner polnischen und vielleicht auch die tschechoslowakische Beute herausgeben und ... die den Russen überlassenen Positionen wieder erobern helfen.

„Die unmittelbaren Friedensaussichten haben sich vermindert.“ Das heißt, es sind Verhandlungen gescheitert. Und deswegen muß mit Überraschungen gerechnet werden. Die Spannung wächst. Der britische Außenminister Halifax und der Marineminister Churchill halten Reden, in welchen sie die aktive Unterstützung Finnlands und die drohende Ausdehnung des Krieges nach Norden und Süden streifen und die Neutralen auffordern, sich sozusagen den Alliierten anzuschließen. Was steckt dahinter?

Seit Wochen waren es die italienischen Blätter, die aus den britischen Blättern den Wunsch Englands herauslasen, Rußland aktiv bekriegen zu können und zu diesem Zwecke den ganzen Südosten auf den Kommunismus zu hehen. Das hätte ins italienische Konzept passen müssen, paßte aber gar nicht, denn ohne Deutschland will Italien seinen Rußlandkrieg nicht. England aber möchte ihn nach der italienischen Version, um Deutschland im Osten angreifen zu können! Werden also die Überraschungen der nächsten Wochen etwa in den Bemühungen der Alliierten gipfeln, Italien zur Entscheidung zu zwingen, damit es „mit oder ohne Deutschland“ die minderwertige russische Militärmacht binden und damit die russische Wirtschaft lahmlegen helfe? Oder werden doch Versuche gemacht, in Schweden die Richtung Sandler oben auf zu bringen, damit aber die finnisch-schwedische Front zur Front der Alliierten zu machen?

Japan-China und Rußland-Finnland

Es ist den Japanern gelungen, eine neue chinesische Scheinregierung unter Wang-Tsching-Wei, dem ehemaligen Mitarbeiter Tschiang-Kai-Scheks, zu errichten und ihr einen Frieden anzubieten, der eine Brücke auch zu Tschiang herstellen soll. Wang-Tsching-Wei, der vor vielleicht einem Jahr an der militärischen Lage Chinas verzweifelte, vielleicht auch von Japan gekauft wurde, hat nach den ersten Meldungen aus Tschiangs Lager nicht die geringsten Erfolgsaussichten. Es handle sich nur um ein „Propagandamanöver“.

Man vergleicht die Regierung Wangs mit der finnischen Volksregierung Kuusinen in Terijoki; wie diese bewegt sich der abtrünnige Kuomintang-Mann nur im Schutze japanischer Gewehre sicher; den Wurzeln seiner Macht ... oder Ohnmacht ... muß man in der feindlichen Hauptstadt nachgraben.

Und doch stehen seine Chancen irgendwie anders und besser. Es muß beachtet werden, daß auch China zu den Ländern gehört, die erkennen müssen, wie brüchig der Stab Rußlands sei, auf den man sich zu stützen versuchte. Ist unter Umständen in Zukunft von den russischen Materiallagern nicht mehr, sondern immer weniger zu erwarten, und das trotz Abkommandierung von 20,000 deutschen Qualitätsarbeitern und Technikern nach Rußland? Wenn das der Fall sein sollte, hat die Tschungking-Regierung Ausichten, Japan zu Konzessionen zu zwingen, die weiter gehen als jene, die man Wang zugestanden? Und die müßte man sich dann nicht Wangs bedienen, um das Ziel, die Vertreibung Japans, auf Umwegen zu erreichen?

Die Regierung Wangs soll nämlich „vorläufig“ mit Japan einen Frieden schließen ... mag er zunächst auch nur auf dem Papier stehen. Alsdann soll sie sich mit Tschiang ins Einvernehmen setzen. Beide Regierungen sollen schließlich, wenn sie sich einigen, den Frieden gemeinsam annehmen, darauf eine Verschmelzung eingehen und mit Japan „zusammenarbeiten“. Wie sieht die Zusammenarbeit aus?

Japan erkennt die Unabhängigkeit Chinas an. China in gleicher Weise die „Unabhängigkeit“ Mandschukuos. Nordchina wird eine regionale Verwaltung erhalten. Die äußere Mongolei desgleichen. In beiden Gebieten wird Japan Truppen belassen. Das ganze untere Jangtschetal (d. h. bis und mit Hankau), würde unter wirtschaftlicher Vorherrschaft Japans stehen; ähnliche Privilegien, offenbar in Form neuer Konzessionsregimes, würden auf Hainan, in Amoy und auf zahlreichen Inseln verewigt; die Möglichkeit einer Blockade zu beliebiger Zeit und aus beliebigem Anlaß bliebe also als ewiges Druckmittel. Damit gewinnen die japanischen „Berater“ der chinesischen Zentralregierung ihre entscheidenden Machtmittel und dürften sich wie Diktatoren gebärden.

Die Chinesen haben tapfer gekämpft ... vielleicht aber sind sie geneigt, wieder einmal zu echtchinesischen Methoden zu greifen und Japan auf Grund eines solchen Friedens zu schlagen ... Tschiang natürlich wird sich nicht fangen lassen. Aber die chinesischen Massen im besetzten Gebiet könnten überlegen, daß die Zeit, die man so ausreichend zur Verfügung hat, Japan so langweilen werde, wie dies die Freischaren von heute nie vermöchten. Auch ohne Freischaren kann man Japaner sabotieren, umbringen, schädigen, zur Verzweiflung bringen. Kanonen sind nicht alles! Die Westmächte und USA helfen nicht, können oder wollen nicht helfen, Rußland ist ein Trug ... was will Tschiang allein tun? Also nehme er den Frieden an!

Es ist natürlich die Frage, ob der russische Freund seinen moralischen Kredit bei den chinesischen Massen in größerem Maße als bisher verliere. Was weiß der Chinesen von Finnland? Vielleicht wird unter den Rußlandfreunden des Ostens genau das geglaubt, was uns keine Kommunisten beizubringen vermögen: Daß in Finnland die internationalen Kapitalisten einen Angriffskrieg führten, gegen den die roten Russen sich heldenmütig verteidigen müßten?

Aber es kommt darauf an, wie Tschiang und seine Maßgebenden selbst Stalin sehen, und was sie von ihm noch erwarten. Wenn sie die mörderischen Bombardierungen von Helsinki und Turku als das erkennen, was sie sind: Versuche, das finnische Volk moralisch zu erschüttern, wenn sie die drohende Vernichtung zweier Divisionen bei Salla, die sich nach dem Einsatz von Reserven aus Verpflegungsnöten zurückzogen und dennoch abgeschnitten wurden, als weitere Beweise russischer Unfähigkeit betrachten, stellen sie möglicherweise neue Rechnungen an. Eine dieser Rechnungen könnte lauten: Entlasten wir die Japaner, damit sie sich in ein Rußlandabenteuer verwickeln ... schließen wir den Frieden. Einen Frieden, der schlimmer als der von Brest-Litowsk wäre, der aber für den Nachgebenden ebensoviele Ausichten böte wie der von Brest sie Lenin bot! Es wäre dies eine echt asiatische Rechnung!

† Bundesrat Giuseppe Motta

Als vor Jahren der tessinische Dichter Zoppi im bernischen Grobstrasssaal eine Rede über seine Heimat, den Tessin, hielt, eine glänzende, poetische Rede, da ereignete sich etwas Merkwürdiges. Zoppi sprach von den zwei größten Tessinern der Gegenwart. Der eine sei nach Süden gezogen und habe sich seine und die Geltung des Tessins im weiten Italien gewonnen ... Man wußte, daß er den Dichter Francesco Chiessa meine. Der andere aber, so fuhr Zoppi fort, habe sich nach dem Norden gewandt ... wir wußten, das ging Bundesrat Motta an, wir wußten auch, er war unter den Zuhörern.

Diese Zuhörer, Berner, Deutschschweizer, Welsche, Tessiner, verhielten sich aber sehr ungleich. Die wohldisziplinierten, trockenen „Alemannen“ blieben sitzen, stumm, vortragsgewohnt oder abgestumpft, wie man will. Aber die im Hintergrund sitzende oder stehende Tessinerjugend brach in stürmischen Beifall aus, der auf den ganzen Saal übergriff. Das war merkwürdig ... der Temperamentsunterschied! Aber es war nicht das Merkwürdige. Herr Motta, von der spontanen Begrüßung seiner Jungtessiner gepackt, wollte sich erheben und danken, sich verneigen, wie es dieser Beifall verdiente ... doch es war, als ob ihn die Blicke der trockenen, unbeweglichen Deutschschweizer auf den Platz zurückzögen. Eine halbe Sekunde dauerte die zweifelnde Geste, dann entschied sich der tessinische Bundesrat zum Stillstehen. Und der Beifall schwieg, und Zoppi sprach weiter.

An jenem Abend nach dem kaum vermerkten kleinen Zwischenfall debattierten sich ein paar Zuschauer, die von der zwiespältigen Bewegung unseres Bundesrates Notiz genommen. „Wenn er sterben sollte ... wir müßten sogleich einen andern Tessiner als Bundesrat haben“, meinte jemand. Die Begeisterung der tessinischen Jungmannschaft galt ihm ... und durch ihn galt sie dem helvetischen Vaterlande. Die Kritiker aus der deutschen Schweiz, die Herrn Motta aus den oder jenen Gründen angriffen, hätten sich drunten in den Tälern umsehen sollen, von Airolo abwärts, hätten dort fragen sollen, wie sie „ihren“ Motta betrachteten ... seine politischen Freunde wie seine Gegner! Und alsdann hätten sie sich sagen müssen: Sachte, sachte mit der Kritik! Sie muß sich notwendigerweise nicht gegen einen gewöhnlichen Bundesrat, sie muß sich gegen den Tessiner richten! Ihn, der gleichsam aus einer ganz andern Welt zu uns kam und sich unter uns nach andern Gesetzen bewegen lernen mußte!

Bundesrat Motta, überzeugter Katholik, tessinischer Rasse wie nur irgendeiner, mit der inkarnierten lateinischen Kultur im Blute, im Formalen sicher und darum im spontanen Verhalten selbstverständlich, als Charakter gerade und biegsam zugleich, ausgerüstet mit einer zielsicheren Strebbarkeit, die den Bereich der Mitmenschen achtete, stellte im Bundesratskollegium ein verbindendes Element dar, wie vielleicht kein anderer. Und das, trotzdem sein Wille unbeirrbar, seine Ansichten entschieden, seine Absichten unverkennbar waren. Wie hat man ihm verdacht, daß er sich sozusagen als einziger gegen die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund stemmte ... und wie hat er Recht bekommen! Wie hat er sich gegen alle Befürworter einer Anerkennung des Sowjetregimes gewehrt, alles auf die lange Bank geschoben ... und wie salviert ihn heute die Weltgeschichte! Ja, es ist denkbar, daß ihn seine Kritiker morgen oder übermorgen auch loben werden für sein Verhalten gegenüber dem faschistischen Italien: Der katholische Realist, der weiß, wie im großen politischen Geschehen oft genug die Gesetze der persönlichen Moral verfallen, der in der Weltgeschichte rückschauend Gewalt und nur Gewalt sieht, anerkannte die Eroberung Abessinien, das Impero, den Sieg der italienischen Legionen in Spanien, die Erhebung Francos ... warum? Als Katholik allein? Sicher nicht! Auch nicht als „italienischer Schweizer“. Sondern als verantwortlicher Vertreter unserer ganzen Schweiz, der im Klaren war über die Notwendigkeit, Freunde zu haben. Und der wußte, daß seine Freunde auch die Freunde der Schweiz sein würden!

Es mag für alle, die von der Politik „moralisches“ Verhalten verlangen, sehr schwer sein, alles zu verstehen, was geschieht ... schwerer haben es jene, die mitten in den realen Geschehnissen mit dem Möglichen rechnen müssen. Ihre Rechtfertigung ergibt sich aus dem, was später geschieht ... Unsere Hoffnung geht dahin, Herr Motta möge dereinst auch mit seinen unverwundlich-optimistischen Reden Recht bekommen, die er im Schoße der Völkerbundsversammlung gehalten, deren erster Ehrenpräsident er ja gewesen und die er, als Vorsteher der schweizerischen Völkerbundsdelegation, anno 24 zum zweiten Mal präsidierte.

Was aber seine Nachfolge angeht: Wir brauchen einen Tessiner, und wenn es irgendwie angeht, muß ihm ein Tessiner nachfolgen! Wir brauchen dieses Bindeglied zum Tessin und weiter südwärts!

SB-B-Jahresrechnung und Bundesbudget

Wie erwartet, bringt das Jahr 1939 eine gewaltige Rechnungsverbesserung der SB-B, eine Verbesserung, die zum größten Teil auf die letzten Rechnungsmonate, also September bis Dezember, zurückzuführen ist und von so etwas wie „Kriegsgewinnen“ spricht. Der Jahres-Betriebs-Überschuß beträgt statt 107 volle 146 Millionen, hat also um 39 Millionen zugenommen, also um fast 40 %. Es entfallen 3 Millionen auf das Konto „verminderte Betriebsausgaben“ ... immer noch ergeben sich 36 Millionen Plus. Daß sie größtenteils aus den letzten Monaten stammen, beweist die gesonderte Dezember-Rechnung, die mit 18,62 Millionen Betriebsüberschuß 4,79 Millionen mehr als im vergangenen Jahre verdiente.

Die Antwort auf die Frage, woher die vermehrten Überschüsse namentlich der letzten Monate stammen, scheint nicht ganz klar zu sein. Im Personenverkehr sollen die mehr reisenden Schweizer den Ausfall wettgemacht haben, den der Verkehr mit dem Ausland gebracht. Es handelt sich um 2 Millionen. Volkswirtschaftlich, ins Ganze gerechnet, eine irgendwie zum Nachdenken veranlassende Sache, wenn man überlegt, daß die zahllosen Soldatenbillette den Ausgleich in diesem Sektor der SB-B-Rechnung schaffen halfen.

Aber es ist ja nicht der Personenverkehr, welcher den Verdienst der Bahnen und die Zinsen für ihre Schulden herschaffen muß. Es ist der Güterverkehr, der uns interessiert. Der Bericht über die Rechnung sagt, daß der vermehrte Überschuß der Betriebsrechnung zu etwa zwei Dritteln dem verstärkten internen Verkehr und nur zu einem Drittel dem zunehmenden Transitverkehr zu

verdanken sei. Da erhebt sich denn gleich die Frage, was wir selbst in so verschärftem Tempo zu transportieren hatten. Und wir konstatieren, daß wir nicht vernehmen, was uns am meisten wunder nähme! Nämlich: Daß die Transitzüge, die Tag und Nacht süd-nördlich rollen, ihre Tätigkeit der alliierten Blockade Deutschlands verdanken, wissen wir. Aber wir wissen nicht, ob es vor allem die Armee-Transporte seien, die noch im Dezember volle zwei Drittel des Betriebsüberschusses verursachten. Wäre das so, dann stünde diese glänzende Rechnung in ihrer Vereinzelung einer andern isolierten Rechnung, der Ausgabenrechnung des Bundes, gegenüber. Und erst in der Gegenüberstellung beider müßten wir, wie das wahre volkswirtschaftliche Resultat beschaffen sei.

Es ist nur ein geringes Pöstchen der abnormen eidgenössischen Neuverschuldung, das in der verbesserten SB-B-Betriebsrechnung ausgeglichen wird. Was sind schon „zwei Drittel von 36 Millionen“, die wir als hypothetische Bezahlung des Bundes an die SB-B annehmen und eben in der genannten Rechnung als Plus vermuten, gegen die 2½ Milliarden außerordentlicher Aufwendungen für die Landesverteidigung! Auf diese Summe aber kommen wir, wenn es nur bis Mitte 40 weitergeht wie bisher.

Wer soll diese neuen Schulden verzinsen und bezahlen? Die Finanzpläne des Bundeshauses sind teils restlos gutgeheißen, teils scharf kritisiert worden. 70 bis 100 Millionen Minus wird das Budget der kommenden Jahre ... auf Jahrzehnte hinaus, betragen, wenn keine neuen Einnahmequellen eröffnet werden. Nun aber werden sie eröffnet: Die Wehrsteuer, erhoben von allen Einkommen über 3000 Franken an, ist uns sicher. Der Ledige, den nur eine 5-Franken-Kopfsteuer trifft, der Großrentner, der progressiv zu bleichen hat, alle werden sie zu tragen haben; das kleine Vermögen, von 5000 Franken an aufwärts, wird nicht befreit.

Es ist nun aber nicht so, daß die Last einseitig von den wirtschaftlich Kleinen getragen werden müsse. Ein Wehr-opfer von den Vermögen soll 450 Millionen Franken aufbringen. 250 Millionen wird man dem Ausgleichsfonds der Nationalbank entnehmen. (Abwertungsgewinn.) Das sind zusammen immerhin 600 Millionen. Was auf den genannten Wegen nicht hereinkommt, soll eine höchstens 2½ %ige Umlagesteuer beschaffen.

Frage: War es an der Zeit, gerade jetzt, einen „Budgetausgleich“ zu erzwingen? Vielleicht! Gerade weil wir nicht wissen, was alles an neuen Ausgabenüberraschungen kommen könnte! Die geplante Verlängerung des Finanznotrechts bis 49 rechnet sicher mit solchen Überraschungen.

—an—

Berner Wochenchronik

Bernerland

- 14. Januar. In allen Gegenden des Kantons werden **Rundgebungen** für die **Finnland-Hilfe** veranstaltet.
- 15. Die **Berner Reformationskollekte** der bernischen Kirchen beläuft sich auf Fr. 14,385 gegenüber Fr. 13,741 im Jahr 1938.
- Im **Großen Rat** rückt anstelle des zum Mitglied des Regierungsrates ernannten Großratspräsidenten Ed. von Steiger Rudolf Amstutz, Fürsprecher in Bern.
- Auf Ende Dezember 1939 betrug die **Arbeitslosigkeit** im Kanton Bern mit 5680 Personen 75,8 Prozent **weniger** als im Dezember 1938.
- In **Bözingen** stirbt kurz vor ihrem **hundertsten Geburtstag** Frau Karoline Biberstein-Wetter.

- Der Gemeinderat von **Biel** beschließt, in Anbetracht der schweren Zeiten, den **Karneval** nicht zu gestatten, dagegen einige Maskenbälle zu erlauben.
- 17. Aus **Meiringen** trifft die Nachricht vom Hinschied des a. Rat.-Rat **Dr. Robert Stucki**, dem die Gemeinde vor kurzem das Ehrenbürgerrecht verliehen hat, ein.
- Die Einwohnergemeinde **Neuenstadt** nimmt den kantonalen Armendirektor, **Reg.-Rat. Möckli**, in ihr Bürgerrecht auf.
- Der **Bieleree** ist in seinem unteren Teil bis weit hinauf gegen **Biel** zugefroren.
- Die Vereinigten Tabakfabriken A.-G. in Solothurn ernennt die Landwirte des **Bürenamtes** zu vermehrtem **Tabakanbau**.
- In Bern konstituiert sich eine **Gruppe Kanton Bern des Schweizer Hilfswerk für Finnland**.